Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

190 (16.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10.161.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 190 | **Dienstag, den 16. August 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett trat am Montag nachmittag zu einer Besprechung der allgemeinen Lage zusammen. Man erwartet noch in dieser Woche Beschlüsse über das Aufbauprogramm.

*

Von amtlicher Seite verlautet, daß die Reichsregierung unter allen Umständen mit ihrem Programm vor den Reichstag treten wird. Die Einberufung des Reichstags werde zum verfassungsmäßigen Termin (30. Aug.) vor sich gehen.

*

Hitler hat bei den Besprechungen am vergangenen Samstag wörtlich erklärt, er werde die Stellung für sich in Anspruch nehmen, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom genommen habe.

*

Das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl vom 31. Juli sind 608 Abgeordneten-Mandate.

*

Die 10. Olympiade in Los Angeles ist am Sonntag feierlich abgeschlossen worden. Deutschland steht beim Endergebnis an sechster Stelle. Die deutsche Mannschaft hat am Montag früh Los Angeles verlassen.

*

Der badische Innenminister Emil Maier ist, 56 Jahre alt, an einem Herzleiden gestorben.

*

In Brieg trat das erste „Sondergericht" zusammen zur Verhandlung der Zusammenstöße in Ohlau, bei welchen zwei Nationalsozialisten getötet wurden.

Der 13. August

Adolf Hitler hat die von der nationalsozialistischen Presse festgelegten Forderungen auf volle Machtübernahme bestätigt und auch persönlich daran festgehalten. So ist die Entscheidung über die künftige Zusammensetzung des Reichskabinetts so ausgefallen, wie nicht anders zu erwarten war. Hindenburg, der an einer überparteilichen Führung der Regierungsgeschäfte festzuhalten gewillt war, mußte diese Forderungen ablehnen und er hat dies in klarer und bestimmter Weise getan, als mit seinem Gewissen dem deutschen Volke gegenüber nicht vereinbar. Von nationalsozialistischem Standpunkt aus ist ja dieser Machtanspruch zu verstehen. Hitler vertrat seine Forderungen als Führer der größten deutschen Partei und als solcher einer großen Volksbewegung, worauf er seine Ansicht begündet, dem ganzen Volke der wahre Führer sein zu müssen. Im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 31. Juli, das für Hitler einen Anhang von rund 37 Prozent der abgegebenen Stimmen ergab, konnte der Reichspräsident aber nicht derselben Ansicht sein. Die Nationalsozialisten sind nun in schärfste Opposition dem Kabinett v. Papen gegenüber getreten u. werden diese durchführen. Möge sie der Mahnung des Reichspräsidenten gemäß auf legale Weise durchgeführt werden.

An der Regierungsgewalt bleibt also das seitherige Kabinett von Papen, das sich, lediglich gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, und auf die militärischen und polizeilichen Machtmittel des Staates, aber ohne jegliche parlamentarische Mehrheitsdeckung, dem Reichstag zu stellen hat. Eine Arbeit auf parlamentarischer Basis ist durch die klare Frontentrennung vom 13. August jedoch auf absehbare Zeit gänzlich unmöglich gemacht. Eine Mehrheit für die gegenwärtige Regierung kann auf keine Weise errechnet werden. Im Gegenteil, bei der sicher kommenden Vertrauensabstimmung im Reichstag wird sich eine Gegnerschaft von rund 560 Stimmen ergeben, wenn man davon ausgeht, daß auf Seiten des Kabinetts höchstens die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Christlich-sozialen mit insgesamt 48 Stimmen sein werden. So wird also das Reichskabinett die Regierungsgeschäfte führen müssen in einem offenen Kampf gegen das Parlament. Ein parlamentarischer Gang der Dinge würde bei der Annahme des Mißtrauensvotums eine erneute Auflösung des Reichstages bringen. Aber das Ergebnis von nochmaligen Neuwahlen würde ohne Zweifel dem letzten in seiner Zusammensetzung ungefähr gleich kommen, so daß also dieser Schritt zwecklos wäre. Als letztes Mittel, das Kabinett von Papen zu halten, bliebe noch übrig eine Ausdehnung der Rechte des Reichspräsidenten auf gänzliche Ausschaltung des Reichstages, ein Weg, der bisher im Deutschen Reich noch nie durchgeführt wurde.

Das sind lediglich Möglichkeiten, die erst durch die Ereignisse der nächsten Zeit einer Klärung entgegengebracht werden müssen. Die Reichsregierung wird an die Arbeit gehen und es ist zu hoffen, daß ihr positive Taten gelingen werden. An erster Stelle stehen die Maßnahmen, die zu einer Linderung der Arbeitslosigkeit führen sollen. Maßnahmen, die der Reichspräsident bei seiner Abreise nach Neudeck nochmals als ganz besonders dringlich bezeichnet hat. Ferner stehen die Reformen der Reichsverfassung, die der Reichsinnenminister von Gayl in seiner Rede am Verfassungstag bereits angekündigt und in weiten Zügen geschildert hat, mit an vorderster Stelle.

*

Joos und Bolz erneut beim Kanzler

Berlin, 14. Aug. Der Reichskanzler hat den Zentrumsabgeordneten Joos und Bolz heute am späten Abend nochmals zu sich gebeten, einen Bericht über den Verlauf des heutigen Tages gegeben und ihnen vor allen Dingen das Kommunique der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht. Die Zentrumsabgeordneten haben diese Mitteilung entgegengenommen und sich jeder Stellungnahme enthalten.

Das Echo zu den Verhandlungen

Der „Angriff" über das negative Ergebnis

Berlin, 15. Aug. Reichstagsabgeordneter Dr. Joseph **Goebbels** sagt im „Angriff" in einem Artikel „Die Macht an Hitler!" u. a.: Die nationalsozialistische Bewegung und ihr Führer verfochten nur ihr gutes Recht, wenn sie bei der Belastung mit einer ungeheuren geschichtlichen Verantwortung, die sie für die kommende deutsche Politik zu übernehmen hatten, nun auch die Forderung aufstellten, daß man ihnen **in eindeutiger Weise die Führung der Regierungsgeschäfte anvertraue und ihnen damit die Möglichkeit gäbe, jene Reformen durchzuführen, die sie für die Wiedergeburt der Nation und für die Reinigung des öffentlichen Lebens in Deutschland für unerläßlich notwendig hielten.** Hier war zum erstenmal die Gelegenheit geboten, der nationalsozialistischen Bewegung die Chance der Opposition zu nehmen und sie mit der ganzen Bürde und Last der Verantwortung zu beladen. Selbstverständliche Verantwortung dafür aber mußte sein, daß man ihrem Führer und seinen Mitarbeitern **freie Hand** gab, da ohne dies eine Uebernahme der Verantwortung vollkommen widersinnig war. Darüber soll kein Zweifel bestehen: **im Zwielicht bleiben wir nicht.** Entweder gibt man uns die Macht, dann tragen wir die Verantwortung, oder man verweigert uns die Macht, dann stehen wir in der Opposition. Es wird dann so sein, daß jene Regierung, die sich bei ihrem Beginn etwas voreilig mit dem schmückenden Beiwort der „nationalen Konzentration" ausstattete, auf den erbitterten Widerstand des gesamten nationalen Deutschland, das heute unter unserer Führung steht, stößt. Ueber den Ausgang dieses Kampfes braucht uns nicht bange zu sein. Was man uns heute verweigert, das wird man uns morgen geben müssen. In ruhiger und sicherer Entschlossenheit tritt die Bewegung an. Ihr Ziel ist unverändert wie immer: Die Macht an Hitler!

*

Scharfe nationalsozialistische Kampfansage an Hugenberg

Berlin, 15. Aug. Ebenfalls im „Angriff" wird die Bemerkung eines rechtsstehenden Berliner Blattes zitiert, in dem es heißt: Es gelte jetzt, daß jeder in seinem Kreise und nach seinen Kräften dazu beitrage, zu verhüten, **daß jetzt ein Kampf innerhalb des nationalen Deutschland beginne und erklärt, „die Herrschaften hätten sich das früher überlegen sollen". Im übrigen werde der Kampf innerhalb des nationalen Deutschland nicht beginnen; denn dieses nationale Deutschland sei in der NSDAP. geeint.** Um so rücksichtsloser dagegen werde und müsse der Kampf geführt werden gegen die Clique, die sich im Hugenberg-Lager zusammengefunden und die Machtergreifung Adolf Hitlers und die deutsche Freiheitserhebung noch einmal hinausgeschoben habe

*

Berliner Pressestimmen

Berlin, 15. Aug. Das Scheitern der Verhandlungen des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler über die Beteiligung der NSDAP. an der Reichsregierung wird von den Berliner Blättern eingehend behandelt.

Die **„Berliner Börsenzeitung"** bezeichnet den 13. August als einen schwarzen Tag in der deutschen Geschichte. Das Blatt hofft, daß der Parlamentarismus in keiner Form wieder auflebt.

Die **„Germania"** schreibt, der Empfang Hitlers habe das eine Gute gehabt, er habe in der öffentlichsten Form, die es im Staatsleben gebe, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Bewußtsein gebracht, daß die Nation mehr sei als die nationalsozialistische Partei und daß die Verantwortung, die der Reichspräsident vor seinem Gewissen und vor dem deutschen Volke trage, noch schwerer wiege als die parteipolitischen Sorgen einer noch so großen Bewegung. Das Zentrum habe in den letzten Tagen seine Forderungen auf zwei Punkte hin konzentriert: Auf eine Klarstellung der politischen Verantwortlichkeiten und auf eine unbedingte Innehaltung der Verfassung. Diese Forderungen seien so grundsätzlicher Art, daß sie durch den Ausgang der Verhandlungen am Samstag in keiner Weise berührt würden.

Die **„Deutsche Zeitung"** kommt zu dem Schluß: Wie die Dinge auch liegen, die Lage sei jetzt eindeutig dahin geklärt, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorüber sei.

Die **„DAZ."** schreibt: Die Szene, die sich am Samstag im Hause der Wilhelmstraße 77, in den Räumen des Fürsten Bismarck, abgespielt habe, zeige Hindenburg wieder als den Mann, der mit den Nerven von Tannenberg an die ihm gestellten Aufgaben herantrete und nur die größten, die rein vaterländischen Gesichtspunkte gelten lasse.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** bedauert, daß der Versuch der Heranziehung der nationalsozialistischen Kräfte zur Teilnahme an der Verantwortung einstweilen nicht zum Ziel geführt habe.

Der **„Lokalanzeiger"** gibt ein Gerücht wieder, daß Adolf Hitler dem Reichskanzler von Papen bei ihrem längeren Gespräch auf eine Frage ausdrücklich erwidert habe, er beabsichtige keinen Marsch nach Berlin. Immerhin sei durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen Reichspräsident und Reichskabinett auf der einen, Adolf Hitler auf der anderen Seite eine gewisse Spannung eingetreten. In den Kreisen der Regierung wird scharf betont, daß sie sich allen Eventualitäten gewachsen fühle und man lasse durchblicken, daß im Notfall der militärische Ausnahmezustand verhängt werden würde.

Der **„Vorwärts"** fordert unter Hinweis auf Preußen, daß das Unrecht, das wegen des verunglückten Experiments an der republikanischen Bevölkerung verübt worden sei, wieder gutgemacht werde.

*

England und Frankreich zur Lage in Deutschland

London, 15. Aug. „Times", „Morningpost" und „Daily Telegraph" besprechen die durch den negativen Ausgang der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler geschaffene Lage. **„Times"** nimmt das Ergebnis als etwas Unabwendbares hin. Der Reichspräsident, meint das Blatt, hätte gefühlt, daß die Auslieferung der Kontrolle über das Schicksal Deutschlands an eine Partei, die nur etwas mehr als ein Drittel der Nation vertritt und von der für die Rechte und Interessen der übrigen Volksteile nur wenig Verständnis erwartet werden könne, mit der **Verantwortlichkeit eines unparteiischen Staatsoberhauptes nicht vereinbar sei.**

„Morningpost" schreibt u. a.: Reichspräsident v. Hindenburg habe durch seine feste Haltung weiter seine Entschlossenheit bekundet, **das Gleichgewicht im Wirbel des Parteihaders zu bewahren.** Seine Haltung zeige, daß er die Zügel noch immer so fest in den Händen hat, wie je. Die Samstagbesprechung könne sich durchaus als Wendepunkt des Hitlerschen Glückes erweisen.

Paris, 15. Aug. Zu der durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und Hitler geschaffenen Lage schreibt **„Journal":** Marschall v. Hindenburg gewinnt den ersten Gang. Er hat der Partei zum Siege verholfen, die die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Rückkehr zu alten Traditionen erstrebt. In der Opposition wird Hitler einen erneuten Zustrom aller Unzufriedenen erhalten, wenn es der Regierung nicht gelingt, die Unzufriedenheit beizulegen.

„Oeuvre" erklärt, man kann sich dazu beglückwünschen, daß Reichspräsident v. Hindenburg dem Führer der Nationalsozialisten die geforderte restlose Leitung der Staatsangelegenheiten abgeschlagen hat. Aber wer wird nun gehalten. Wahrscheinlich v. Papen und v. Schleicher, die unter einem normalen parlamentarischen Regime bei der ersten Fühlungnahme mit dem Parlament durch mehr als 500 von insgesamt 600 Stimmen gestürzt werden würde, sodaß der alte Marschall, der entschlossen ist, Deutschland nicht einer einzigen Partei zu überlassen, es keiner anvertrauen wird oder vielmehr der Militärpartei, für die die Wähler ihre Stimmen abzugeben offiziell nicht aufgefordert wurden.

Das Gewerkschaftsblatt **„Le Peuple"** schreibt, das negative Ergebnis der Besprechungen habe die politische Lage in Deutschland wohl etwas vereinfacht, aber nicht geklärt.

*

Nationalsozialistische Parteierklärung zum Nein Hitlers

T.U. **München,** 15. Aug. Die Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. veröffentlicht in der „Nationalsozialistischen Korrespondenz" unter der Ueberschrift „Hitlers Nein" grundsätzliche Betrachtungen, in denen es heißt: „Hitlers Ablehnung der Vizekanzlerschaft unter der Herrschaft von Papen war eine Tat! Diese Entscheidung des Führers ist dem nationalen Deutschland aus der Seele gesprochen. Der durchsichtige Versuch, die N.S.D.A.P. durch einen wohlüberlegten Schritt durch eine Belastung mit der Verantwortung ohne gleichzeitige Führungsmöglichkeit gewissermaßen auf falschem Wege zu erledigen, ist an dem klaren und weitblickenden Entschluß des Führers restlos gescheitert. Der Führer ist sich selbst, der Bewegung und dem Volke treu geblieben. Die Politik der Regierung von Papen, hinreichend gekennzeichnet durch die die Aermsten der Armen aufs schwerste belastende und für die N.S.D.A.P. untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der N.S.D.A.P. sein. Eine Regierung, in der die N.S.D.A.P. untragbare Notverordnung, kann niemals die Politik der N.S.D.A.P. sein. Eine Regierung, in der die N.S.D.A.P. nicht führt, sondern nur vertreten ist, wird niemals eine Wende des deutschen Schicksals herbeiführen können. Eine nat.-sozialistische Politik aber, die aufräumt mit dem ganzen verstaubten Plunder des bisherigen Systems und eine grundlegende Neuordnung der Dinge in Angriff nimmt, kann nicht von Leuten geführt werden, die die Zeichen der Zeit auch heute noch nicht verstanden haben; sondern nur von Nationalsozialisten. Das ist der Wille des deutschen Volkes, der bei den Wahlen seinen Ausdruck gefunden und dem nunmehr auch die Staatspolitik Rechnung zu tragen hat. Demgemäß hat Adolf Hitler die Führung der Reichsregierung gefordert. Von der alleinigen und ausschließlichen Uebernahme der Regierung ist seitens der N.S.D.A.P. nicht die Rede gewesen. Aber was über allem politischen Leben eine Selbstverständlichkeit ist, was man selbst dem Marxismus zubilligt, wird der N.S.D.A.P. unter den fadenscheinigsten Gründen vorenthalten. Darauf konnte es für den Führer der N.S.D.A.P. nur eine Antwort geben, und zwar: Nein! Wie richtig Adolf Hitler gehandelt hat, wird die Zukunft zeigen."

Beratungen des Reichskabinetts

Inangriffnahme wirtschaftlicher Fragen — Programmberatung — Sicherung des Rechtszustandes

Berlin, 15. Aug. Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett am Montag nachmittag um 4.30 Uhr zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der in erster Linie die Situation behandelt wird, **die sich aus dem Ergebnis der Verhandlungen vom Samstag für die Reichspolitik ergibt.** Die Reichsregierung hat, wie bereits angekündigt wurde, die Absicht, nun mit aller Energie **an die wirtschaftlichen Aufgaben** heranzugehen, damit den Gefahren der Arbeitslosigkeit nach Kräften begegnet wird. Man kann annehmen, daß in großen Zügen das Programm festgelegt wird, das in den nächsten 14 Tagen vollständig ausgearbeitet werden soll, damit die Reichsregierung **mit ihm vor den Reichstag treten kann.**

Was nach dem Reichstagszusammentritt werden wird, liegt heute im Dunkeln. Sicher ist nur, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dafür sorgen wird, **daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhalten wird.** Dazu gehört auch die Sicherung des Rechtszustandes, wie er durch die geltenden Gesetze und Notverordnungen gegeben ist. Bekanntlich sind bereits Anträge angekündigt, die auf eine Aufhebung der Notverordnungen abzielen. In politischen Kreisen wird als sicher angenommen, daß die Bemühungen der Reichsregierung in den nächsten Wochen auch dieser wesentlichen Frage gelten werden. Ob die Entwicklung schließlich zur Auflösung des gegenwärtigen Reichstages und zur Einberufung einer Nationalversammlung führen wird, wie ein Berliner Abendblatt es andeutet, ist schwer zu beurteilen in einem Augenblick, in dem die Beratungen der Reichsregierung erst beginnen.

608 Reichstagsabgeordnete

Die endgültige Verteilung der Reichstagsmandate

Berlin, 15. Aug. Der Reichswahlleiter teilt mit: Heute vormittag um 10.30 Uhr fand die Sitzung des Reichswahlausschusses statt, in der die Feststellung über die den Parteien zugefallenen Verbandssitze getroffen wurde. Der Reichswahlausschuß stellte fest, daß insgesamt 42 sogenannte Verbandssitze und 66 Sitze auf Reichswahlvorschlägen den Parteien zufallen. Einschließlich der 500 Kreissitze stellt sich die **Gesamtzahl der Sitze nunmehr auf 608.** Die Zahl der Mandate ist also um eines höher als nach der vorläufigen Feststellung. Dieses eine Mandat ist dem Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei zugefallen. Bei Berücksichtigung des Abkommens zwischen Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei darf damit gerechnet werden, daß dieses Mandat der Wirtschaftspartei zugestanden wird. Es wird dem Bewerber Mollath zugewiesen werden.

Die Stärke der einzelnen Parteien stellt sich jetzt folgendermaßen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	133
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	230
Kommunisten	89
Zentrum	75
Deutschnationale Volkspartei	37
Deutsche Volkspartei	7
Deutsches Landvolk	1
Bayerische Volkspartei	22
Wirtschaftspartei	2
Deutsche Staatspartei	4
Christlich-Sozialer Volksdienst	4
Deutsche Bauernpartei	2
Württ. Bauern- u. Weingärtnerbund (Landbund)	2
zusammen	608

Direktoren der Preußenkasse abberufen

T.U. **Berlin,** 15. Aug. Die Direktoren der Preußenkasse Dr. Lauffer und Pessel sind, nach einer Mitteilung Berliner Blätter, von der kommissarischen preußischen Regierung abberufen worden.

Beginn des Ohlauer Prozesses

Brieg, 15. Aug. Vor dem Brieger Sondergericht begann am Montag früh die Verhandlung wegen der **Ohlauer Zusammenstöße** zwischen **Reichsbannerleuten** bezw. Anhängern der Eisernen Front und **Nationalsozialisten** vom 9. Juli, bei denen zwei Nationalsozialisten getötet und 30 Personen verletzt worden waren.

Auf der **Anklagebank sitzen 45 Personen.** Auf Grund der Verordnung über die Sondergerichte kann die Angelegenheit, die ursprünglich vor der Großen Strafkammer durchgeführt werden sollte, vor dem **Sondergericht** zur Verhandlung.

Gleich nach Eröffnung der Verhandlung legte Rechtsanwalt Dr. Forder-Breslau gegen die Zuständigkeit des Gerichts Protest ein. Es sei einzig dastehend in der deutschen Justizgeschichte, daß die Angeklagten auf Grund einer Verordnung abgeurteilt werden sollten, die bei Begehung der Straftaten noch nicht bestanden hat. Man solle nicht so großen Wert darauf legen, zu der Verhandlung auch Laienrichter hinzuzuziehen. Diesem Protest schloß sich der Mitverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braun-Magdeburg, an. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Herzog, erklärte, daß die Zuständigkeit des Gerichts von Amts wegen noch nachgeprüft werden würde. Darauf erfolgte der **Aufruf der Angeklagten.** Zunächst wurde der Hauptangeklagte, der Kreisleiter des Ohlauer Reichsbanners, **Durnick,** vernommen. Er schilderte die Kundgebung des Reichsbanners und der Eisernen Front in Laskowitz. Bereits dort habe man zu hören bekommen, daß die Nationalsozialisten geplant hätten, in Ohlau „aufzuräumen". Aus diesem Grunde habe man abends im „Walfisch" in Ohlau eine Zusammenkunft der Ortsgruppenleiter verabredet, um Schutzmaßnahmen für das Gewerkschaftsbüro und den sozialdemokratischen Konsumverein zu besprechen. Zwei der beteiligten Gruppen seien unterwegs nach diesen Stellen gewesen und bei dieser Gelegenheit von Nationalsozialisten überfallen worden. Er selbst habe versucht, seine Leute zurückzuhalten. Diese seien aber zu aufgeregt gewesen. Die Erregung habe sich dadurch gesteigert, daß man gewußt habe, sämtliche Zugänge nach Ohlau seien durch Nationalsozialisten besetzt worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, woher er das gewußt habe, konnte der Angeklagte allerdings keine Auskunft geben. Inzwischen sei es zu einem Sturm auf ein Wohnhaus durch Nationalsozialisten gekommen, wobei zwei Frauen durch Schüsse verletzt worden seien. Von dieser Schießerei habe das Reichsbanner überhaupt keine Ahnung gehabt. Später habe sich dann eine größere Schießerei am Schloßplatz entwickelt. Dahin seien nun allerdings die noch vorhandenen 40 Reichsbannerleute gestürmt und hätten die dort anwesenden etwa 2000 Nationalsozialisten auch angegriffen. Er selbst sei hinterher gegangen, um seine Leute wieder zurückzuholen. Seine Leute seien bereits im Begriff gewesen, die Straße zu verlassen, als das Ueberfallkommando der Landjägerei erschien.

Vorsitzender: Wurden die Polizeibeamten nicht von Reichsbannerleuten mit Latten geschlagen und von Reichsbannerleuten auf die Polizei geschossen? **Angeklagter:** Von uns nicht. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß seiner Darstellung nach von Reichsbannerleuten überhaupt nicht geschossen worden sei. Es sei doch überraschend, daß immerhin eine ganze Anzahl von Nationalsozialisten durch Schüsse verwundet und zwei sogar getötet worden seien. Der Angeklagte erklärt noch einmal, daß es unmöglich sei, daß seine Leute geschossen hätten. Teilweise im Gegensatz hierzu, wie der Vorsitzende feststellt, stehen die Aussagen des Gewerkschaftssekretärs **Strulik,** der zugibt, daß die Reichsbannergruppen bereit gewesen seien, nationalsozialistische Gruppen, die ihre Freunde angegriffen hätten, zu verprügeln.

Der dritte Angeklagte, Verwalter der Ohlauer Ortsgruppe des Reichsbanners, **Bleck,** sagte aus, daß er bereits bei seiner Rückkehr aus Laskowitz beim Verlassen eines Lastkraftwagens gehört habe, daß in Ohlau „etwas los" sei. Warum die Reichsbannerleute zusammen geblieben wären, könne er nicht sagen. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten einen Brief an den Landrat von Ohlau vor, in dem dieser der Behörde mit Selbsthilfe droht, falls die Polizei beim Schutz des Reichsbanners in Zukunft versagen würde.

*

Erst Donnerstag Beuthener Sondergerichts-Prozeß.

T.U. **Beuthen,** 15. Aug. Der Sondergerichtsprozeß in der Angelegenheit Paul Pietzuch, der bekanntlich gegen neun Personen verhandelt werden wird, dürfte nun doch erst am Donnerstag stattfinden. Wie wir erfahren, muß die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift, die auf Mord lautet, noch einmal umarbeiten, da die gerichtsärztliche Oeffnung der Leiche des Kommunisten Pietzuch ergeben hat, daß der Tod nicht durch einen Schuß, sondern wahrscheinlich infolge der vorher erlittenen Mißhandlungen eingetreten ist. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Anklage auf Körperverletzung mit Todeserfolg lauten wird.

Erneute Ueberfälle in Ostpreußen.

T.U. **Königsberg,** 16. Aug. In Osterode erhielt in letzter Zeit ein S.A.-Mann wiederholt Drohbriefe, sodaß er sich gezwungen sah, seine Wohnung zu wechseln. In der letzten Nacht hörte der S.A.-Mann auf der Straße Lärm. Kurz darauf flog ein Stein gegen die Fensterscheibe, die in Trümmer ging. Als der S.A.-Mann zum Fenster ging, um nach den Ruhestörern zu sehen, blitzte eine Blendlaterne auf und es fiel im gleichen Augenblick ein Schuß. Die Kugel traf aber nur den Fensterrahmen. Die Polizei verfolgt bereits eine bestimmte Spur.

In Lyck wurde außerhalb der Stadt ein auf dem Heimwege befindlicher Stahlhelmmann von sechs jungen Burschen überfallen, zu Boden gerissen und mit Stricken besinnungslos geschlagen. Nach der Tat flüchteten die Täter.

Zwei neue Terrorakte in Ostpreußen.

T.U. **Königsberg,** 15. Aug. In dem Städtischen Bialla ereignete sich in der Nacht zum Sonntag ein neues Bombenattentat. Gegen das Schlafzimmer des jüdischen Kaufmanns Lampel wurde eine Bombe geworfen, die jedoch ihr Ziel verfehlte und auf der Straße explodierte. Die alarmierte Feuerwehr fand zahlreiche versprengte Eisenstücke vor. Die Ermittlungen dauern noch an.

Sonntag vormittag überfielen Kommunisten einen Beamten der Polizeifunkstation in Allenstein und schlugen derart auf ihn ein, daß er bewußtlos liegen blieb. Einer der Täter, der Kommunist Lugbur, wurde verhaftet.

Politischer Zusammenstoß in München — Zwei Verletzte

München, 15. Aug. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten entstand in der vergangenen Nacht in der Nymphenburgerstraße ein Wortwechsel, in dessen Verlauf ein Sturmführer der Nationalsozialisten zwei Kommunisten durch Messerstiche so erheblich verletzte, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Täter wurde festgenommen.

Zwei Festnahmen in Holstein

Flensburg, 15. Aug. Flensburger Kriminalbeamte, die von einem Schupokommando begleitet waren, haben im Zusammenhang mit den jüngsten Handgranatenanschlägen in Holstein **zwei Verhaftungen vorgenommen.** Festgenommen wurde der Kaufmann Otto Hoelck in Wrohn und der Dentist Bestmann in Hohn bei Hennstedt. Bestmann ist seinerzeit in die Bombenanschlagaffäre in Holstein verwickelt gewesen.

Um den Preußischen Landtag

Appell der Sozialdemokraten an den Staatsgerichtshof

Berlin, 15 Aug. Da der Präsident des Preußischen Landtages Kerrl, bisher trotz entsprechender Anfrage der Sozialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt hat, hat die sozialdemokratische Fraktion ein Telegramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig gesandt, worin verlangt wird, gegen den Präsidenten des Preußischen Landtags einen einstweiligen Erlaß zu verfügen, wonach dieser verfassungsmäßig verpflichtet ist, dem am 3. August 1932 gestellten und durch Beschluß des Aeltestenrates vom 3. August 1932 sanktionierten Verlangen eines Fünftels der Landtagsmitglieder stattzugeben und den Landtag einzuberufen. Der wesentliche Inhalt dieses telegraphischen Antrages, daß der Landtagspräsident verfassungsmäßig verpflichtet sei, dem Verlangen des Fünftels stattzugeben, deckt sich mit den Ausführungen des Staatsgerichtshofsurteils vom 12. Februar 1932, worin dieses Recht des Fünftels festgestellt worden war. Die Streitfrage liegt allerdings darin, ob das Fünftel einen Sitzungstermin oder lediglich die „frühere Einberufung" verlangen kann.

Beendigung der Tagung des Oekumenischen Rats in Genf

Genf, 15. Aug. Nach sechstägigen Beratungen fand die Genfer Tagung des Oekumenischen Rates für praktisches Christentum und seines Vollzugsausschusses ihren Abschluß. Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden in einer Reihe von Entschließungen niedergelegt. Der Rat, dem Kirchenführer verschiedenster Konfessionen und Nationen angehören, wendet sich **gegen die Politik der Autarkie** und gegen die Hemmungen der wirtschaftlichen Kräfte. Weiter werden die schweren seelischen Schäden der Arbeitslosigkeit betont. Eine längere Aussprache über die **Abrüstungsfrage** führte zu einer einstimmig angenommenen Erklärung, in welcher die starke **Unzufriedenheit über das bisherige Ergebnis der Abrüstungskonferenz** ausgesprochen wird.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

36. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Daraus wäre zu schließen, daß Sie sehr eng mit ihm befreundet waren, andernfalls würden Sie wohl kaum seine Wohnung betreten haben. Ich nehme das als nicht unwichtiges Moment zur Kenntnis. Ihre intimen Beziehungen zu Wemblin werden Sie ja zweifellos in den Stand setzen, mir sehr aufschlußreiche Mitteilungen zu machen."

„Ich muß mir verbitten, daß Sie mir intime Beziehungen zu Herrn von Wemblin vorwerfen!"

„Aber Frau Gräfin, nichts liegt mir ferner, als Ihnen auch nur den leisesten Vorwurf über Ihre Beziehungen zu Wemblin zu machen. Sie werden doch aber wohl nicht bestreiten wollen, das dem so gewesen ist?"

„Ich bestreite es!"

Wolter machte der Gräfin eine leichte Verbeugung.

„Wie oft haben Sie ihn besucht?"

„Ein . . ." sie brach ab.

„Nur einmal? Aber dann sollten Sie sich doch wirklich erinnern können, was Sie zu ihm führte. — Frau Gräfin, ich bin sehr gut unterrichtet, ich weiß bestimmt mehr, als Sie ahnen. Es ist wahrhaft zwecklos, mit Bekenntnissen zurückzuhalten, die Ihnen doch eigentlich gar nicht schwer fallen sollten."

Er bekam keine Antwort, offenbar wollte der Mann hinter der Tür erst wissen, wie weit Wolter tatsächlich unterrichtet sei. Er sollte nicht länger einem Rätsel gegenüberstehen.

„Vielleicht darf ich Ihrem Gedächtnis etwas nachhelfen," fuhr Wolter fort. „Denken Sie doch mal an das Filmmanuskript „Die rote Maske". Hatte er das nicht für Sie anfertigen lassen?"

Die Gräfin sah zur Decke hinauf und dann glitt ihr Blick zu dem Souffleur.

„Ja richtig, jetzt fällt es mir ein, deswegen mußte ich zu ihm gehen."

„Na also, da haben wir ja die Veranlassung. Und da es sich dabei für Sie doch gewiß um eine nicht unerhebliche Ursache handelte, werden Sie sich bei einigem Nachdenken auch des Tages und der Stunde erinnern, wann die Unterredung stattfand."

„Ich weiß es wirklich nicht!" behauptete sie nach einigem Sinnen.

„Da werde ich wohl wieder einmal etwas nachhelfen müssen. Fuhren Sie nicht am Morgen des Tages, an dem Wemblin aus dem Leben schied, mit der Wannseebahn nach Berlin und lasen Sie da nicht in dem Manuskript?"

„Es kann sein," lautete die zögernd vorgebrachte Antwort.

„Es ist bestimmt so! Wenn sich am Morgen das Manuskript in Ihren Händen befand und dann in Wemblins Händen, muß Ihr Besuch mithin am selben Tage erfolgt sein. Das ist doch klar. So, und nun fehlt uns nur noch die Stunde. Sie sollen sich aber nicht unnötig quälen, ich will sie Ihnen gern sagen. Sie betraten nämlich das Haus gegen halb acht Uhr abends. Stimmts?"

Die Gräfin schloß die Augen, sie war wohl einer Ohnmacht nahe.

„Warum fragen Sie mich nach Dingen, die Sie wissen? Da Sie also herausbekommen haben, nun gut, es ist so."

„Das hätten Sie uns aber wahrhaftig leichter machen können!" rief Fränkel ärgerlich aus. „Warum treiben Sie ein solches Versteckspiel mit uns, statt schlicht die Wahrheit zu sagen?"

„Auch ich muß Sie dringend bitten, Frau Gräfin, nunmehr keinerlei Gedächtnisschwäche vorzuschützen, sondern unumwunden die reine Wahrheit zu sagen. Wie lange haben Sie sich bei Wemblin aufgehalten?"

„Nur zehn Minuten."

„Genau zehn Minuten?"

„Ich hatte nur wenige Worte mit ihm zu sprechen. Das Filmmanuskript gefiel mir nicht und dann wollte ich ihm nur mitteilen, daß ich darauf verzichte, im Film aufzutreten."

„Gewöhnlich erfordert eine solche Auseinandersetzung mehr Zeit. Doch wer öffnete Ihnen die Tür?"

„Herr von Wemblin selbst, seine Wirtschafterin war nicht zu Hause, wie er mir sagte."

„Sie haben sie auch nicht zu sehen bekommen?"

„Nein."

„Merkwürdig! Wenige Minuten nach halb acht erschien sie in der Wohnung, wo Sie nach Ihrer Zeitangabe noch gewesen sein müssen. Frau Brennert hat Sie nicht gesehen, obwohl sie das Herrenzimmer betrat."

„Das ist gar nicht verwunderlich, denn ich befand mich nicht in dem Herrenzimmer. Herr von Wemblin hatte mich in einen salonartig eingerichteten Raum geführt."

„Das wäre eine Erklärung, die nur leider ein seltsames Aussehen bekommt, wenn man weiß, daß die Wirtschafterin ihren Herrn mit einer Zeitung beschäftigt am Schreibtisch vorfand."

„Ich weiß nicht, was er in dem Herrenzimmer getrieben hat, jedenfalls begab er sich einmal dorthin."

„Vermutlich deshalb, um den unwiderstehlichen Drang zu befriedigen, Zeitung zu lesen," warf Fränkel boshaft ein.

„Er muß sich doch zum mindesten unter einem Vorwand von Ihnen entfernt haben. Also?"

„Ich glaube, er wollte mir einen Brief zeigen, in dem das Manuskript sehr gelobt wurde."

„Hat er den Brief gebracht?"

„Nein, er fand ihn nicht."

„Sie bleiben also dabei, das Herrenzimmer nicht betreten zu haben?"

„Ja."

Wolter sah sie streng an, beugte sich weit vor und sagte scharf:

„Und wenn ich Ihnen jetzt beweise, daß Sie in dem Herrenzimmer gewesen sind? Sie haben auf dem Klubsofa am Fenster, dem Schreibtisch gegenüber, gesessen."

„Nein, das ist nicht wahr!"

Wolter zog die Busennadel aus der Tasche und hielt sie ihr hin.

„Gehört Ihnen dieses Schmuckstück?"

Gräfin Raczkolni erbleichte, ein Zittern überlief sie.

„O Himmel, ja!"

(Fortsetzung folgt.)